



Gemeinsame Erklärung von Bundeselternrat, BundesschülerInnenvertretung und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Bildung und Erziehung – die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Die PISA-Studie hat den Zustand des deutschen Schulwesens schonungslos aufgedeckt: Die deutsche Schule ist international nicht mehr konkurrenzfähig.

Unliebsame Erkenntnisse

Einem Viertel der 15-jährigen SchülerInnen fehlen Grundkompetenzen beim Lesen und Rechnen und damit wichtige Voraussetzungen, die für das Leben im Alltag, in Beruf und Familie gebraucht werden.

Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen und aus Migrantenfamilien werden besonders schlecht gefördert. Aber auch die Leistungsstärksten erreichen in Deutschland nur Mittelmaß.

Nur bei der Festschreibung von sozialer Ungleichheit ist das deutsche Schulwesen „erstklassig“. Bei

Rettet die Bildung!

Qualität entwickeln – Arbeitsbedingungen verbessern

gleicher Intelligenz und gleichen Schulleistungen hat ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie eine dreimal geringere Chance, ein Gymnasium zu besuchen, als ein Kind, dessen Eltern Akademiker sind.

Noch ungerechter wird die Situation, wenn das Kind aus einer Migrantenfamilie kommt.

Chancengleichheit vermag das deutsche Schulwesen nicht herzustellen. Im Gegenteil: Es vertieft die soziale Spaltung.

Angst vor der Wahrheit

Die meisten der bisherigen politischen Reaktionen werden dem Ernst der Lage nicht gerecht. Statt systematischer Arbeit an zukunftsfähigen Konzepten kaschiert hektischer Aktionismus die weit verbreitete Ratlosigkeit und Reformunfähigkeit. Es wird an Symptomen herumgedoktert, aber die Frage, was grundsätzlich falsch läuft, wird nicht gestellt. Stattdessen: Schuldzuweisungen an LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen sowie weiterhin föderale Beliebigkeit.

Zeit für einen Neuanfang

Dieser Entwicklung wollen wir als Eltern, SchülerInnen und PädagogInnen nicht länger zusehen. Wir rufen deshalb auf zu gemeinsamer Diskussion und Aktion:

- Wir wollen über eine neue Bildungspolitik nachdenken – ohne Tabus, Parteiengizänk und Verbändeegoismus.

Alle bisherigen Standpunkte müssen auf den Prüfstand – auch die eigenen.

- Alte Überzeugungen, aktuelle Erkenntnisse und neue Einsichten müssen im Lichte der PISA-Resultate vorurteilsfrei neu bewertet werden.

- Im Mittelpunkt aller Bemühungen müssen die Lernenden stehen. Das Bildungssystem hat sich an den Menschen, nicht die Menschen am System zu orientieren.

- Kitas, Schulen, Hochschulen und die Weiterbildung brauchen optimale Lehr- und Lernbedingungen – jeder muss all seine Talente entdecken und entfalten und an die Spitze seiner Leistungsfähigkeit kommen können.

- Bildungspolitische Kleinstaaterei muss durch gesamtstaatliche Verantwortung gebändigt werden.

Dazu gehört auch, offen und vorbehaltlos über die Strukturen des Schulsystems zu diskutieren sowie eine systematische nationale Berichterstattung und wissenschaftliche Politikberatung.

- Qualitätsentwicklung braucht Transparenz und Verantwortung – und zwar auf allen Ebenen. Notwendig ist deshalb die Verständigung auf verbindliche Bildungsziele und die regelmäßige Evaluierung der Ergebnisse. Bildungseinrichtungen brauchen pädagogische Selbstständigkeit und professionelle Unterstützung bei ihrer Entwicklung.

Unsere Ziele

- Wir wollen eine frühe qualifizierte Förderung in Familien und Kindergärten. Ziel muss es sein, allen Kindern einen guten Start in die Schule zu ermöglichen.

- Alle Jugendlichen müssen die Schule mit guten Grundkompetenzen in allen für das Leben wichtigen Bereichen verlassen. Ziel muss der mittlere Bildungsabschluss für alle sein.

- Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss muss deutlich reduziert werden. Alle müssen die Voraussetzung für den Einstieg in eine Berufsausbildung erhalten.

- Die Anzahl der Jugendlichen mit einer Hochschulzugangsberechtigung ist deutlich zu erhöhen. Auch der deutsche Arbeitsmarkt braucht eine höhere Akademikerquote.
- Der enge Zusammenhang zwischen dem soziokulturellen Um-

feld der Jugendlichen und ihrem Leistungsniveau muss durchbrochen werden. Gesellschafts-, Familien- und Bildungspolitik sind der Herstellung von Chancengleichheit verpflichtet.

Unsere Forderungen

- Deutschland braucht ein frühkindliches Bildungssystem. Der Kindergarten muss dementsprechend ausgebaut werden. Ganztägige Kitas müssen Lern- und Lebensorte werden, in denen Kinder bei ihrer Selbst-Bildung unterstützt, ermutigt, motiviert und nach ihren individuellen

Möglichkeiten und Bedürfnissen gefördert werden.

Für die soziale und kulturelle Integration, vor allem aber auch für die Sprachentwicklung im Allgemeinen und die Mehrsprachigkeit im Besonderen, müssen hier die Grundlagen gelegt werden.

ErzieherInnen brauchen hierzu eine Hochschulausbildung, um dem erweiterten Bildungsauftrag der Kindertagesstätte gerecht werden zu können.

- In der Grundschule müssen die Grundlagen im Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden, die Lernfreude, die Stärkung der kindlichen Persönlichkeit und soziale Kompetenzen müssen weiterentwickelt werden.

Dazu braucht die Grundschule mehr Zeit.



- Lernen braucht Zeit. Deshalb ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen mit einem besonderen pädagogischen Konzept eine wichtige Voraussetzung für Schulreform insgesamt. Vor allem durch die Kooperation von Schul- und Sozialpädagogik müssen neue pädagogische Konzepte und veränderte Bedingungen für den Schulalltag geschaffen werden. Schulen müssen Lern- und Lebensort werden.

Die bloße Verlängerung der Vormittagsschule oder „billige“ Betreuungsangebote sind keine Lösung.

- Mehr Chancengleichheit bringt mehr Qualität. In Deutschland verschärft sich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, gleichzeitig gibt es zu viele Jugendliche, die an der Schule scheitern und zu wenige, die die Schule und die Hochschule mit hoch qualifizierten Abschlüssen verlassen.

Weil in Deutschland zu früh sortiert und zu wenig gefördert wird, können viele Jugendliche ihre Potenziale und Talente nicht entfalten. Weil alle gebraucht werden, müssen sozial und kulturell Benachteiligte sowie Jugendliche mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen besonders unterstützt werden.

- Höhere Qualitätsstandards setzen höhere Bildungsinvestitionen voraus. Im Vergleich zu anderen Industrienationen gibt Deutschland pro Jahr 30 bis 40 Milliarden Euro weniger für Bildung und Erziehung aus. Insbesondere in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I sind deutlich höhere Investitionen erforderlich. Durch kurz- und mittelfristige Investitionsprogramme muss das Niveau der Bildungsausgaben in Deutschland internationalen Standards angeglichen werden.

SchülerInnen, Eltern und die Bildungsgewerkschaft GEW

rufen zum gemeinsamen Dialog auf.

Wir wollen kritisch und selbstkritisch darüber nachdenken, was anders werden muss und was wir dazu beitragen können.

In Kommunen, auf Länder- und Bundesebene, in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung soll an der Entwicklung unseres Bildungswesens gearbeitet werden.

Als SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen sind wir Akteure und Betroffene der aktuellen Bildungsdebatte zugleich.

Durch mehr Mitbestimmung und Teilhabe wollen wir uns stärker für die Qualität unserer Bildungseinrichtungen engagieren. Wir sind bereit, Mitverantwortung für Leistungsfähigkeit und Lernerfolge zu tragen.

Dazu werden entsprechend qualifizierte PädagogInnen gebraucht und vor allem pädagogische Lern- und Arbeitsbedingungen, die die Entwicklung eines leistungsfähigen, chancengleichen und demokratischen Bildungswesens ermöglichen.

